

KOMPAKT

Pharmakonzern Eli Lilly
mit Umsatzsteigerung

NEW YORK – Der US-Pharmakonzern Eli Lilly hat 2003 14 Prozent mehr verkauft als im Vorjahr. Der Gewinn nach Sonderposten sank aber um 5 Prozent auf 2,56 Mrd. Dollar. Der Jahresumsatz betrug 12,58 Mrd. Dollar, wie der Konzern am Donnerstag mitteilte. Auf Basis der Umsatzzahlen von 2002 lag Eli Lilly auf Platz 11 der Liste der größten Pharmakonzerne der Welt. Das vierte Quartal endete mit einer Umsatzsteigerung von 17 Prozent auf 3,47 Mrd. Dollar. Der Gewinn nach Sonderposten in der gleichen Periode stieg gegenüber dem Vorjahreswert um 1,5 Prozent auf 747,2 Mio. Dollar.

Sinkender Umsatz
mit mehr Gewinn

CHICAGO – Der US-Flugzeughersteller Boeing hat im vierten Quartal den Gewinn stärker als von Analysten erwartet gesteigert. Der Airbus-Konkurrent steigerte den Gewinn auf 1,11 Mrd. Dollar, nach 590 Mio. Dollar im Vorjahreszeitraum. Dies entspricht einem Gewinn pro Aktie von 1,37 Dollar (Vorjahr: 0,73 Dollar). Grund dafür seien vor allem Steuerrückzahlungen, teilte Boeing am Donnerstag vor US-Börsenbeginn mit. In dem Ergebnis seien Steuerrückzahlungen in Höhe von 0,87 Dollar je Aktie enthalten. Analysten hatten im Schnitt mit einem Gewinn je Aktie von 0,46 Dollar gerechnet. Der Umsatz sei um 4 Prozent gesunken auf 13,2 Mrd. Dollar, teilte Boeing weiter mit.

Spekulationen über
«Weissen Ritter»

PARIS – Nach der einstimmigen Rücken- deckung durch seinen Aufsichtsrat hat Aventis-Chef Igor Landau den Pharmakonzern auf einen monatelangen Kampf gegen eine feindliche Übernahme durch Sanofi eingeschwenkt. Dabei sei die Suche nach einem «Weissen Ritter» eine Möglichkeit, sagte Landau am Donnerstag. Doch bevorzuge er weiter «das organische Wachstum von Aventis, so wie es heute besteht». Die IG BCE warf der Regierung in Paris Wettbewerbsverzerrung vor. Landau nannte das 48-Milliarden-Euro Angebot des französischen Konkurrenten «lächerlich». Aventis sei rund 30 Prozent unterbewertet und deshalb sei eine Offerte uninteressant, wenn sie nicht mindestens 40 bis 50 Prozent über dem aktuellen Börsenwert liege.

Mit Erlös keinesfalls
Haushaltslöcher stopfen

FRANKFURT/BERLIN – Die Bundesbank erwägt einen Teilverkauf der Goldreserven und will das Geld in Forschung und Bildung investieren. Der Vorstand beschloss, beim bevorstehenden Abschluss eines erneuerten Goldabkommens eine Verkaufsoption für etwa 120 Tonnen Gold jährlich anzumelden. Die Zinsen aus den angelegten Verkaufserlösen sollen aber nicht in den allgemeinen Haushalt fließen, sondern für klar definierte Zwecke verwendet werden. Hier sei der Gesetzgeber gefragt, sagte ein Sprecher am Donnerstag in Frankfurt am Main. Die Bundesbank verfügt mit knapp 3500 Tonnen über die zweithöchste Goldreserve der Welt.

Gillette mit Rekordgewinn

BOSTON – Der weltgrößte Rasierkliegen- und Batteriehersteller Gillette hat 2003 vor allem dank eines starken Batteriemarkts einen Rekordgewinn verbucht. In den USA führten Stromausfälle und die Terrorängste zu einem kräftigen Anstieg des Batterieverkaufs. Das Unternehmen verdiente 1,4 Mrd. Dollar gegenüber einem Gewinn von 1,2 Mrd. Dollar im Vorjahr. Das teilte die in Boston ansässige Gesellschaft am Donnerstag mit. Gillette setzte im vergangenen Jahr 9,3 (8,5) Mrd. Dollar um. Der Umsatz im vierten Quartal legte im Vergleich zum Vorjahresabschnitt um vier Prozent auf 2,6 Mrd. Dollar zu.

Veröffentlichung

Ackermann-Verteidiger sieht Auffassung bestätigt

DÜSSELDORF – Der frühere Mannesmann-Chef Klaus Esser hat selbst grünes Licht für die öffentliche Bekanntmachung seiner Millionenprämie gegeben. Einer der leitenden Mitarbeiter der Mannesmann-Rechtsabteilung berichtete vor dem Düsseldorfer Landgericht, er selbst sei unsicher gewesen, ob die Prämie in Höhe von 15,9 Millionen Euro in einem Londoner Börsenprospekt enthalten sein müsse.

«Dr. Esser hat dann am Ende gesagt, schreiben wir es rein.» Die Bekanntgabe der Rekordprämie nach der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone hatte zu einem Aufschrei der Empörung in Deutschland und zu ersten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen geführt. Der engste Mitarbeiter Essers im Kampf gegen die Übernahmepläne von Vodafone, das frühere Mannesmann-Vorstandsmitglied Kurt Kinzius, verweigerte dagegen am ersten Tag der Zeugenvernehmungen im Mannesmann-Prozess die Aussage. Der Hintergrund: Gegen den Manager wird ebenfalls wegen des Prämienregens im Haus Mannesmann nach der Übernahme durch Vodafone ermittelt.



Im Mannesmann-Prozess muss sich auch Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann verantworten.

Kinzius hatte damals eine Prämie von 3,7 Millionen Mark erhalten. Essers Verteidiger beantragten daraufhin, die Unterlagen des früheren Vorstandsmitglieds im Prozess zu verlesen, da sie belegten, dass Esser mit aller Macht gegen die Übernahme durch Vodafone gekämpft und sogar die angebotene Führungsposition im neuen Konzern abgelehnt habe. Im spektakulärsten

Wirtschaftsprozess in der Geschichte der Bundesrepublik müssen sich seit vergangener Woche Esser, Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann, den früheren Mannesmann-Aufsichtsratschef Joachim Funk, Ex-IG-Metall-Chef Klaus Zwickel und zwei weitere Managern wegen des Vorwurfs der «gemeinschaftlichen Untreue in einem besonders schweren Fall» bezie-

hungsweise Beihilfe dazu verantworten.

Sie sollen die 180 Milliarden Euro teure Übernahme von Mannesmann durch den Mobilfunkriesen Vodafone Anfang 2000 benutzt haben, um Managern und Ex-Vorständen des Unternehmens ungerechtfertigte Abfindungen in Höhe von fast 60 Millionen Euro zuzuschreiben.

Aufschwung für 2004 erwartet

Talfahrt der Schweizer IT-Branche zu Ende

ZÜRICH – Nach zwei Jahren Misere musste die Schweizer IT-Branche 2003 erneut einen Rückschlag hinnehmen. Bis auf die Netzwerke setzten alle Segmente weniger um. Dennoch dürfte die Talfahrt zu Ende sein, denn die Stückzahlen zogen wieder an.

2004 soll der Aufschwung kommen. Der gesamte Informatikmarkt sei im letzten Jahr um 3,7 Prozent auf 15,18 Mrd. Fr. geschrumpft,

gab der Branchenbeobachter Robert Weiss bei der Vorstellung seines «Weissbuch 2004 – ICT-Marktbericht Schweiz» am Donnerstag vor den Medien in Zürich bekannt. Schlecht sei vor allem das zweite Quartal gewesen. Danach hätten sich die Verkäufe wieder verbessert.

Insgesamt gingen 1,117 Mio. Computer (ohne Server) im vergangenen Jahr über die Schweizer Landenteiche. Dies sind zwar 10,3 Prozent mehr als 2002, wie Weiss sag-

te. Weil aber die Preise stärker fielen, als die Stückzahlen stiegen, schrumpfte der Umsatz um 7,2 Prozent auf 2,014 Mrd. Franken. Erneut nicht rund lief der Absatz von Tischcomputern an Unternehmen, die im Vergleich zum Vorjahr 4,9 Prozent weniger Desktops orderten.

Dies dürfte zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass immer mehr mobile Computer die Tischrechner in den Büros ersetzen, sagte Weiss. Die tragbaren Computer

für Geschäftsleute boomten mit einem Plus von 41 Prozent. Bei den Heimmanwendern schafften die Desktops im letzten Jahr nach dem Einbruch von 2002 wieder die Trendwende (+11,5 Prozent). Noch begehrt waren allerdings die Notebooks, welche um 18,1 Prozent zulegt. Zur Freude der Käufer rutschten die Preise weiter in den Keller.

Im Durchschnitt kostete ein PC noch 1803 Franken. Dies sind 15,8 Prozent weniger als im Vorjahr.

LAFV-GASTBEITRAG

Anlegerschutz in der EU

Dr. Peter Keppeler, MSInvest-Due AGmVK

Mit der Richtlinie 85/611 der EU betreffend bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) vom 20. Dezember 1985 wird nur ein Teil der in den verschiedenen Mitgliedstaaten angebotenen Anlagefonds erfasst.

Die übrigen Fonds oder fondsähnlich strukturierten Anlagevehikel bleiben der Regelung in den einzelnen Ländern überlassen. Sie sollen in weiteren Harmonisierungsschritten der EU erfasst werden. Wird damit der Anlegerschutz nicht beschränkt oder gar ins Gegenteil verkehrt? Dieses Vorgehen wirkte 1985 einleuchtend, weil es suggerierte, die weitere Harmonisierung würde innerhalb eines vernünftigen Zeitrahmens geschehen. Nun sind aber 16 (!) Jahre vergangen, bis 2002 die Richtlinie 2001/108 erlassen wurde, die eine gewisse Erweiterung der harmonisierten Vorschriften bringt. Mit der Richtlinie 108 werden nun auch Geldmarkt- und Dachfonds sowie die Anlage in Bankguthaben («Cash Funds») er-

möglicht. Für Indexfonds werden die relativ engen Anlagegrenzen erweitert, damit anerkannte Indizes nachgebildet werden können. Zudem enthält die Richtlinie Bestimmungen zur Anlage in OTC-Derivaten und zur Effektenleihe. Alle in Liechtenstein zur Kategorie «Investmentunternehmen für andere Werte» gehörenden Fonds (in Luxemburg sind es die vom II. Teil des dortigen Gesetzes regulierten Fonds) werden von der EU-Richtlinie nicht erfasst, vor allem auch nicht die so genannten Hedgefonds. So wartet immer noch ein weites Feld auf die weitere Harmonisierung. Man kann sich daher fragen, ob nicht durch diese Harmonisierungslücke in der EU die Fondsanbieter dazu gedrängt werden, vor allem OGAW zu lancieren.

In Luxemburg sind über 60% der Fonds OGAW. In Liechtenstein sind die Relationen sehr ähnlich: Die Gesamtzahl der Fonds (1 Segment = 1 Fonds) beträgt 184, davon sind 115 für Wertpapiere (also OGAW) und nur 69 für andere Werte. Der deutsche Gesetzgeber

gestattet im wesentlichen nur EU-konforme Fonds. Der öffentliche Vertrieb von Hedgefonds ist nicht gestattet. In der Schweiz dagegen hat sich aber gerade die Kategorie «übrige Fonds», zu der auch die Hedgefonds gehören, in den vergangenen Jahren als Hit erwiesen: Die Zahl der Fonds in dieser Kategorie hat sich seit 1995 vervierfacht, während die Zahl der europakompatiblen Effektenfonds nur um 30% zunahm. Da die Schweiz nicht im EWR ist, haben Schweizer Fondsanbieter kaum Vorteile, wenn sie europakompatible Fonds lancieren. Wichtige Bereiche, d.h. alle Fonds, die sich nicht an die engen Anlagerestriktionen der EU-Richtlinie (neu mit Ausnahme der Indexfonds) halten, werden nicht erfasst. Nun hat der Zusammenbruch der Aktienkurse in den Jahren 2001 und 2002 gezeigt, dass mit der Kombination von EU-kompatiblen Fonds mit innovativeren Anlagevehikeln das Vermögen der Anleger weniger stark eingebrochen wäre. Ist dem Anleger und seinem Schutz gedient, wenn für

ihn ökonomisch sinnvolle Fondstypen faktisch behindert werden? Hier zeigt sich, dass die EU im Spannungsfeld zweier Auffassungen von Regulierung steht: Auf der einen Seite sind die Staaten, die von einem mündigen Anleger ausgehen, dem möglichst viele Investitionsmöglichkeiten offen stehen. Dem damit verbundenen erhöhten Risiko wird mit strengen Anforderungen an die Fondsträger und an die Information und Transparenz begegnet. Dem gegenüber stehen Staaten, vor allem das in der EU sehr gewichtige Deutschland, die durch eine Restriktion der Anlagemöglichkeiten gewissermassen den Schutz des Anlegers vor sich selbst anstreben.

Dr. Peter Keppeler von der MSInvest-Due AGmVK

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für den Beitrag liegt beim Verfasser.